

Amtsblatt

der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Nummer 17

Ausgegeben in München am 17. September 2008

Jahrgang 2008

Inhalt

Seite

I. Rechtsvorschriften

Gesetz zur Änderung des Bayerischen
Schulfinanzierungsgesetzes 234

Gesetz zur Änderung des Bayerischen
Schulfinanzierungsgesetzes 235

Verordnung zur Änderung der Schul-
errichtungsverordnung 237

Hinweis auf die amtliche Veröffentlichung
der Änderung des Bayerischen Schulfinan-
zierungsgesetzes durch das Gesetz zur Än-
derung des Haushaltsgesetzes 2007/2008
(Nachtragshaushaltsgesetz – NHG – 2008) . 239

II. Bekanntmachungen der Baye- rischen Staatsministerien für Un- terricht und Kultus und Wissen- schaft, Forschung und Kunst

Einsatz von Anbietern von Personaldienst-
leistungen an staatlichen Gymnasien, Real-
schulen, Berufsschulen, Wirtschaftsschulen
und Fachoberschulen im Bereich der Re-
gierungsbezirke Unterfranken und Mittel-
franken. 240

Mittagsbetreuung und verlängerte Mittags-
betreuung an Volks- und Förderschulen .. 242

Zulassung von Lernmitteln 244

III. Bekanntmachungen der Baye- rischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen –

I. Rechtsvorschriften

2230-7-1-UK

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

Vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 963)

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Art. 21 Abs. 3 Satz 1 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455; ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 400), wird wie folgt geändert:

1. Das Wort „wird“ wird durch das Wort „kann“ ersetzt.
2. Vor den Worten „20,- €“ und den Worten „40,- €“ werden jeweils die Worte „bis zu“ eingefügt.
3. Nach dem Wort „erhoben“ wird das Wort „werden“ eingefügt.

§ 2

¹Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. August 2007 in Kraft. ²Mit Ablauf des 31. Juli 2008 gilt Art. 21 Abs. 3 Satz 1 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455; ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 400), wieder in der bis zum 31. Juli 2007 geltenden Fassung.

München, den 20. Dezember 2007

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Günther Beckstein

2230-7-1-UK

**Gesetz
zur Änderung des
Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes**

Vom 22. Juli 2008 (GVBl S. 471)

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch § 5 des Gesetzes vom 23. April 2008 (GVBl S. 139), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift des Zweiten Teils Abschnitt IV werden die Worte „Büchergeld und“ gestrichen.
 - b) In der Überschrift des Art. 21 wird das Wort „Büchergeld“ gestrichen.
 - c) In der Überschrift des Art. 22 werden die Worte „; Sozialbeitrag der Träger des Schulaufwands“ gestrichen.
2. Art. 10 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 Satz 7 werden die Worte „Satz 5“ durch die Worte „Satz 6“ ersetzt.
 - b) In Abs. 2 Satz 2 werden die Worte „der amtlichen Statistik“ durch die Worte „den Amtlichen Schuldaten“ ersetzt.
3. In Art. 17 Abs. 3 werden die Worte „amtlichen Statistik“ durch die Worte „Amtlichen Schuldaten“ ersetzt.
4. In Art. 18 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „amtlichen Statistik“ durch die Worte „Amtlichen Schuldaten“ ersetzt.
5. In der Überschrift des Zweiten Teils Abschnitt IV werden die Worte „Büchergeld und“ gestrichen.
6. Art. 21 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift wird das Wort „Büchergeld“ gestrichen.
 - b) Abs. 3 und 4 erhalten folgende Fassung:

„(3) ¹Die Atlanten für den Erdkundeunterricht und Formelsammlungen für den Mathematik- und Physikunterricht sowie die übrigen Lernmittel (z.B. Arbeitshefte, Lektüren, Arbeitsblätter, Schreib- und Zeichengeräte, Ta-

schenrechner) haben die nach dem Bürgerlichen Recht Unterhaltspflichtigen und die volljährigen Schülerinnen und Schüler zu beschaffen.
²Von der Pflicht, die Atlanten für den Erdkundeunterricht und Formelsammlungen für den Mathematik- und Physikunterricht zu beschaffen, werden auf Antrag befreit:

1. die nach Bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtigen, die für drei oder mehr Kinder Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz oder vergleichbare Leistungen erhalten, ab dem dritten Kind und
 2. die nach Bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtigen und die volljährigen Schülerinnen und Schüler, die
 - a) Arbeitslosengeld II, Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch,
 - b) Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch,
 - c) Leistungen nach dem Wohngeldgesetz oder
 - d) Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
 erhalten.
- ³Maßgeblich für das Vorliegen eines Befreiungstatbestands sind die tatsächlichen Verhältnisse zum jeweiligen Stichtag der Amtlichen Schuldaten.
- (4) Von der Lernmittelfreiheit sind Schülerinnen und Schüler ausgenommen, denen kraft gesetzlicher oder vertraglicher Regelung ein Anspruch auf Ersatz der Kosten der Lernmittel zusteht.“
- c) Abs. 5 wird aufgehoben.
7. Art. 22 erhält folgende Fassung:

„Art. 22

Staatliche Zuweisungen
an die kommunalen Träger des Schulaufwands

(1) ¹Der Staat unterstützt die Träger des Schulaufwands bei der Finanzierung ihrer Aufgabe zur Versorgung der Schulen mit Schulbüchern

durch Zuweisungen. ²Es wird je Schülerin und Schüler und Schuljahr

1. an Grundschulen, in der Grundschulstufe von Förderschulen, im Berufsvorbereitungsjahr an Berufsschulen, in Teilzeitklassen an beruflichen Schulen und in Teilzeitklassen an beruflichen Schulen zur sonderpädagogischen Förderung ein Betrag von 12 € und

2. an Hauptschulen und sonstigen Schulen im Sinn des Art. 6 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3 BayEUG ein Betrag von 26,67 €

gewährt. ³Art. 10 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) ¹Die Zuweisungen gemäß Abs. 1 sind ausschließlich für die Versorgung mit Schulbüchern und für die Hand der Schülerinnen und Schüler bestimmten schulbuchersetzenden digitalen Medien zu verwenden. ²Bei Schulen im Sinn des Art. 6 Abs. 2 Nr. 3 BayEUG, in denen nach den Lehrplänen für die Förderschwerpunkte des Art. 20 Abs. 1 Nrn. 1, 2, 4 oder Nr. 6 BayEUG unterrichtet wird, kann ein Anteil von bis zu 50 v.H. des gemäß Abs. 1 zur Verfügung stehenden Betrags auch für die Versorgung mit schulbuchersetzenden Materialien verwendet werden, soweit dies auf Grund des besonderen Förderbedarfs erforderlich ist. ³Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus oder die von ihm damit beauftragte Regierung kann im Einzelfall die ordnungsgemäße Verwendung der Zuweisung bei den Trägern des Schulaufwands prüfen.

(3) Die Höhe der Zuweisungen in Abs. 1 ist im Abstand von jeweils drei Jahren zu überprüfen und erforderlichenfalls in angemessener Weise anzupassen.“

8. Art. 25 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „des Bundessozialhilfegesetzes“ durch die Worte „des Zwölften Buchs Sozialgesetzbuch“ ersetzt.

b) In Abs. 4 Satz 2 werden die Worte „Bundessozialhilfegesetzes bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen“ durch die Worte „Zwölften Buchs Sozialgesetzbuch“ ersetzt.

9. In Art. 26 Satz 1 werden die Worte „des Bundessozialhilfegesetzes“ durch die Worte „des Zwölften Buchs Sozialgesetzbuch“ ersetzt.

10. Der Überschrift des Dritten Teils Abschnitt III werden die Worte „und Schulen für Kranke“ angefügt.

11. Art. 45 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Worte „Satz 2“ durch die Worte „Satz 3“ ersetzt.

b) Satz 3 erhält folgende Fassung:

„³Abs. 1 Satz 2 und Art. 38 Abs. 4 gelten entsprechend.“

12. Art. 46 wird wie folgt geändert:

a) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Für die dadurch entstehenden Aufwendungen gewährt der Staat den Trägern dieser Schulen Zuschüsse in entsprechender Anwendung des Art. 22 Abs. 1.“

b) Es werden folgende Sätze 3 und 4 angefügt:

„³Bei privaten Volksschulen und Förderschulen erhöht sich der Zuschuss gemäß Satz 1 um 50 v.H. ⁴Art. 22 Abs. 2 gilt entsprechend.“

13. Art. 60 Satz 2 Nr. 7 Halbsatz 1 erhält folgende Fassung:

„das Nähere über die Annahme der Anträge nach Art. 21 Abs. 3 Satz 2, den Zeitpunkt der Auszahlung der Zuweisungen gemäß Art. 22 Abs. 1 und der Zuschüsse gemäß Art. 46, die Verwendung und Übertragbarkeit der Zuweisungen im Sinn des Art. 22 Abs. 1, die Anschaffung von Schulbüchern und deren Ausgabe an die Schülerinnen und Schüler, die Anschaffung der übrigen Lernmittel sowie die Fortschreibung der Pauschalen nach Art. 22 Abs. 1 Satz 1;“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2008 in Kraft.

München, den 22. Juli 2008

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Günther Beckstein

2230-1-1-5-UK

Verordnung zur Änderung der Schulerrichtungsverordnung

Vom 15. Juli 2008 (GVBl S. 494, ber. S. 588)

Auf Grund des Art. 26 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 6. Mai 2008 (GVBl S. 158), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Errichtung staatlicher Schulen (Schulerrichtungsverordnung – SchErrichtV) vom 14. März 2008 (GVBl S. 96, BayRS 2230-1-1-5-UK) wird wie folgt geändert:

1. In § 3 werden die Worte „in den Jahrgangsstufen 5 bis 7“ gestrichen.
2. In § 4 Abs. 3 werden nach dem Wort „2011“ die Worte „, Nr. 4.7 tritt mit Ablauf des 31. Juli 2013“ eingefügt.
3. In Anlage 1 Nr. 1.51 werden die Worte „für Knaben“ gestrichen.
4. Anlage 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgende neue Nr. 1.42 eingefügt:

„Nr. 1.42 Staatliches Gymnasium Kirchseeon“.
 - b) Die bisherigen Nrn. 1.42 bis 1.105 werden Nrn. 1.43 bis 1.106.
 - c) In Nr. 1.106 wird vor dem Wort „Gymnasium“ das Wort „Hallertau-“ eingefügt.
5. Anlage 3 Teil 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Es wird folgende neue Nr. 1.11 eingefügt:

<p>„1.11 Staatliche Berufsfachschule für Sozialpflege Neuburg a. d. Donau</p>	<p>Staatliches Berufliches Schulzentrum Neuburg a. d. Donau“.</p>
---	---
 - b) Die bisherigen Nrn. 1.11 bis 1.20 werden Nrn. 1.12 bis 1.21.
 - c) In Nrn. 2.3 und 2.4 wird in Spalten 2 und 3 nach dem Wort „Landshut“ jeweils das Wort „-Schönbrunn“ eingefügt.
 - d) Es wird folgende neue Nr. 3.13 eingefügt:

„3.13 Staatliche Berufsfachschule für Fremdsprachenberufe Weiden

Staatliche Berufsschule Weiden,

Staatliche Berufsfachschule für technische Assistenten für Informatik Weiden“.

- e) In Nr. 4.11 wird in Spalte 3 nach den Worten „Kinderpflege Kronach“ ein Komma und werden die Worte „Staatliche Berufsfachschule für Sozialpflege Kronach“ angefügt.
- f) In Nr. 4.12 wird in Spalte 3 nach den Worten „Hauswirtschaft Kronach“ ein Komma und werden die Worte „Staatliche Berufsfachschule für Sozialpflege Kronach“ angefügt.
- g) Es wird folgende neue Nr. 4.13 eingefügt:

<p>„4.13 Staatliche Berufsfachschule für Sozialpflege Kronach</p>	<p>Staatliche Berufsschule Kronach,</p> <p>Staatliche Berufsfachschule für Hauswirtschaft Kronach,</p> <p>Staatliche Berufsfachschule für Kinderpflege Kronach“.</p>
---	--
- h) Die bisherigen Nrn. 4.13 bis 4.17 werden Nrn. 4.14 bis 4.18.
6. In Anlage 3 Teil 3 Nr. 3.2 wird in Spalte 3 nach dem Wort „Weiden“ ein Komma und werden die Worte „Staatliche Berufsfachschule für Fremdsprachenberufe Weiden“ angefügt.
7. Anlage 6 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 2.7 wird in Spalte 2 vor dem Wort „Schönbrunn“ das Wort „Landshut-“ eingefügt.
 - b) Es wird folgende neue Nr. 4.7 eingefügt:

„4.7 Staatliche Fachoberschule Marktredwitz¹³⁾“.
 - c) In Nr. 7.7 wird die Fußnote „¹³⁾“ durch die Fußnote „¹⁴⁾“ ersetzt.

- d) In Nr. 7.9 wird die Fußnote „¹⁴⁾“ durch die Fußnote „¹⁵⁾“ ersetzt.
 - e) In Nr. 7.11 wird die Fußnote „¹⁵⁾“ durch die Fußnote „¹⁶⁾“ ersetzt.
 - f) In Fußnote ⁷⁾ wird nach dem Wort „Landshut“ das Wort „-Schönbrunn“ eingefügt.
 - g) Es wird folgende neue Fußnote ¹³⁾ eingefügt:
„¹³⁾ Die Schule ist organisatorisch mit der Staatlichen Berufsschule Marktredwitz-Wunsiedel verbunden“.
 - h) Die bisherigen Fußnoten ¹³⁾ bis ¹⁵⁾ werden Fußnoten ¹⁴⁾ bis ¹⁶⁾.
8. Anlage 7 wird wie folgt geändert:
- a) In Nr. 2.6 wird in Spalte 2 vor dem Wort „Schönbrunn“ das Wort „Landshut-“ eingefügt.
 - b) In Fußnote ⁸⁾ wird nach dem Wort „Landshut“ das Wort „-Schönbrunn“ eingefügt.
9. In der Überschrift der Anlage 9 wird das Wort „beonderer“ durch das Wort „besonderer“ ersetzt.
10. Anlage 11 wird wie folgt geändert:
- a) In Nr. 1.5 werden in Spalte 3 nach den Worten „Staatliche Berufsfachschule für Kinderpflege Neuburg a. d. Donau,“ die Worte „Staatliche Berufsfachschule für Sozialpflege Neuburg a. d. Donau,“ eingefügt.
 - b) Nr. 2.1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Spalte 2 wird nach dem Wort „Landshut“ das Wort „-Schönbrunn“ eingefügt.
 - bb) In Spalte 3 wird nach den Worten „Hauswirtschaft Landshut“ und „Kinderpflege Landshut“ jeweils das Wort „-Schönbrunn“ und vor dem Wort „Schönbrunn“ jeweils das Wort „Landshut-“ eingefügt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. August 2008 in Kraft.

München, den 15. Juli 2008

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus

Siegfried Schneider
Staatsminister

Hinweis

Mit § 5 des Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2007/2008 (Nachtragshaushaltsgesetz – NHG – 2008) vom 23. April 2008 (GVBl S. 139) wurde das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz geändert. Nachstehend wird der Wortlaut dieser Änderung abgedruckt:

§ 5
Änderung des Bayerischen
Schulfinanzierungsgesetzes

Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 963), wird wie folgt geändert:

1. Art. 17 Abs. 1 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„³Als Kosten einer Lehrpersonalstunde gelten bei Realschulen und Abendrealschulen die Jahresbezüge eines staatlichen Beamten der Besoldungsgruppe A 13 geteilt durch die Zahl 24,75, bei Gymnasien (einschließlich Kollegs) und Abendgymnasien die Jahresbezüge eines staatlichen Beamten der Besoldungsgruppe A 14 geteilt durch die Zahl 23,75.“

2. Dem Art. 32 Abs. 1 wird folgender Satz 7 angefügt:

„⁷Die staatliche Forderung auf Wertausgleich kann auch ohne Verzinsung gestundet werden, solange und soweit die Schulanlage einer anderen, im staatlichen Interesse liegenden, gemeinnützigen Zweckbestimmung dient, die mit dem Schulbetrieb in unmittelbarem Zusammenhang steht (neuer Zweck); als Wertausgleich ist der Verkehrswert im Zeitpunkt der Aufgabe des neuen Zwecks anzusetzen, wenn der Verkehrswert höher ist als im Zeitpunkt der Aufgabe der schulischen Nutzung.“

3. In Art. 34 Satz 4 werden die Worte „Sätze 4 bis 6“ durch die Worte „Sätze 4 bis 7“ ersetzt.

4. In Art. 57 Abs. 1 werden die Sätze 4 bis 7 durch folgende Sätze 4 bis 8 ersetzt:

„⁴Für den Lehrpersonalzuschuss gelten Art. 17 Abs. 1 und 2 entsprechend mit der Maßgabe, dass sich für die integrierten Klassen die Aufteilung der Schüler auf die beteiligten Schularten jeweils nach dem Verhältnis der Gesamtschülerzahlen in Bayern in den betreffenden Jahrgangsstufen nach den Amtlichen Schuldaten für das dem Haushaltsjahr vorhergehende Jahr richtet; Zahlenreste werden aufgerundet. ⁵Für die danach ermittelten Hauptschülerzahlen werden die zuschussfähigen Lehrerwochenstunden der Hauptschule unter Zugrundelegung der nachstehenden Tabelle ermittelt:

Schüler in den Jahrgangsstufen 5 bis 9	je Schüler ... LWStd	für die ersten ... Schüler	LWStd
0 bis 100	1,30	–	–
101 bis 200	1,25	100	130
201 bis 300	1,25	200	255
301 bis 400	1,20	300	380
401 bis 500	1,20	400	500
501 bis 600	1,20	500	620
601 bis 700	1,20	600	740
701 bis 800	1,20	700	860
801 bis 900	1,15	800	980
901 bis 1000	1,15	900	1095
ab 1001	1,15	1000	1210

⁶Der Lehrpersonalzuschuss beträgt bei Hauptschulen 80 v. H. des Lehrpersonalaufwands; dabei gelten als Kosten einer Lehrpersonalstunde die Jahresbezüge eines staatlichen Beamten der Besoldungsgruppe A 12 geteilt durch die Zahl 27,75. ⁷Der danach insgesamt ermittelte Lehrpersonalzuschuss pro Schule besonderer Art wird in Höhe von 95 v. H. gewährt. ⁸Für die Evangelische kooperative Gesamtschule Wilhelm-Löhe-Schule Nürnberg gelten die Vorschriften dieses Gesetzes über staatliche Leistungen für die jeweiligen privaten Schulen der einzelnen Schularten entsprechend.“

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

2030-UK

Einsatz von Anbietern von Personaldienstleistungen an staatlichen Gymnasien, Realschulen, Berufsschulen, Wirtschaftsschulen und Fachoberschulen im Bereich der Regierungsbezirke Unterfranken und Mittelfranken

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 1. August 2008 Az.: II.5-5 P 4020-6.62 518

Der gemäß der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 4. September 2007 (KWMBI I S. 358) erprobte Einsatz von Anbietern von Personaldienstleistungen an staatlichen Gymnasien, Realschulen, Berufsschulen, Wirtschaftsschulen und Fachoberschulen im Bereich des Regierungsbezirks Unterfranken wird in der Zeit vom 1. August 2008 bis 31. Juli 2009 in den Regierungsbezirken Unterfranken und Mittelfranken nach Maßgabe folgender Bestimmungen fortgesetzt:

1. Allgemeines

Schulleiterinnen und Schulleiter können im Rahmen der hierzu zur Verfügung gestellten Mittel mit Anbietern von Personaldienstleistungen Arbeitnehmerüberlassungsverträge gemäß § 12 des Gesetzes zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz – AÜG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl I S. 158), zuletzt geändert durch Art. 233 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl I S. 2407), schließen, wenn und soweit eine vollständige Unterrichtsversorgung nicht durch den Einsatz des an der Schule vorhandenen Lehrpersonals sichergestellt werden kann.

2. In Betracht kommende Personaldienstleistungsunternehmen

Arbeitnehmerüberlassungsverträge dürfen ausschließlich mit gewerbsmäßigen Anbietern von Personaldienstleistungen, die die Erlaubnis nach § 1 AÜG besitzen und für die ein einschlägiger wirksamer Zeitarbeitsvertrag gilt bzw. die einen solchen Tarifvertrag einzelvertraglich mit ihren Arbeitnehmern als Mindeststandard wirksam vereinbaren, geschlossen werden.

3. Mustervereinbarung

Beim Abschluss der Arbeitnehmerüberlassungsverträge ist das Muster zu übernehmen, das im Internet unter

www.unterrichtsversorgung.bayern.de (– Für Schulen/Schulämter – Projekt Zeitarbeit) unter Nr. 2 (Mustervereinbarung) abgerufen werden kann. Abweichungen von den in der Mustervereinbarung als zwingend bezeichneten Bestimmungen sind nur mit vorheriger Zustimmung der Regierung von Unterfranken bzw. der Regierung von Mittelfranken zulässig.

4. Eignung der Leiharbeitnehmer

4.1 Leiharbeitnehmer müssen die Gewähr für einen angemessenen Umgang mit den Schülerinnen und Schülern bieten (allgemeine Eignung) und über die für den jeweiligen Unterricht notwendige Fachkompetenz verfügen. Schulleiterinnen und Schulleiter haben sich vor der Übernahme zur Arbeitsleistung von der Eignung des Leiharbeitnehmers auch im Rahmen eines persönlichen Vorstellungsgesprächs zu überzeugen.

4.2 Über das Vorliegen der allgemeinen Eignung und der für den Einsatz im jeweiligen Unterricht notwendigen Fachkompetenz entscheiden die Schulleiterinnen und Schulleiter.

Als Vertretungskräfte kommen neben Personen mit Befähigung für ein Lehramt an öffentlichen Schulen insbesondere auch Hochschulabsolventen mit einer für den jeweiligen Unterricht einschlägigen Staatsprüfung oder einem einschlägigen Diplom- oder Magisterhauptfachabschluss in Betracht. Auch Lehramtsstudenten im höheren Fachsemester können eingesetzt werden.

Im Bereich der beruflichen Schulen kommen darüber hinaus insbesondere Meister/Techniker einschlägiger Fachrichtungen oder vergleichbar ausgebildete Personen zur Abdeckung des fachpraktischen Unterrichts in Betracht.

4.3 Leiharbeitnehmer sind darüber hinaus nur dann geeignet, wenn sie die Gewähr dafür bieten, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten und im Unterricht die politische, weltanschauliche und religiöse Neutralität zu wahren. Leiharbeitnehmer, bei denen ein früheres Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch den Freistaat Bayern, ein anderes Land in der Bundesrepublik oder den Bund wegen der Verletzung von dienst- oder arbeitsvertraglichen Pflichten beendet wurde, kommen als Leiharbeitnehmer nicht in Betracht. Leiharbeitnehmer weisen gegenüber der Schulleiterin oder dem Schulleiter ihre diesbezügliche Eignung durch Abgabe der Erklärungen gemäß dem Muster, das im Internet unter www.unterrichtsversorgung.bayern.de (– Für Schulen/Schulämter – Projekt Zeitarbeit) unter Nr. 4 (Erklärung der Vertretungskraft) abgerufen werden kann, und durch Vorlage eines aktuellen Führungszeugnisses gemäß § 30 Abs. 1 BZRG nach.

- 4.4 Die Schulen bewahren die Unterlagen zum Nachweis der Eignung der Leiharbeitnehmer (unterzeichnete Erklärungen gemäß oben, Nr. 4.3, Kopien des Führungszeugnisses und einschlägiger Zeugnisse) nach Beendigung des Einsatzes des Leiharbeitnehmers mindestens fünf Jahre auf.

5. Mitbestimmung der örtlichen Personalvertretung

Es wird empfohlen, die örtliche Personalvertretung frühzeitig über eine geplante Inanspruchnahme von Leistungen der Personaldienstleistungsunternehmen zu informieren. Bei Vorstellungsgesprächen ist einem Mitglied der örtlichen Personalvertretung die Teilnahme an Vorstellungsgesprächen zu ermöglichen.

Soll ein Leiharbeitnehmer im Unterricht eingesetzt werden, so hat die Schulleitung zuvor die örtliche Personalvertretung gemäß Art. 70 und Art. 75 Abs. 1 Nr. 1 des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (BayPVG) zu beteiligen. Der Einsatz des Leiharbeitnehmers kann nur mit Zustimmung der Personalvertretung erfolgen.

Der Einsatz ist auf Antrag des Personalrats vor der Durchführung mit dem Ziel einer Verständigung eingehend mit ihm zu erörtern. Die Schulleitung unterrichtet den Personalrat schriftlich von dem beabsichtigten Einsatz des Leiharbeitnehmers und beantragt seine Zustimmung. Die Gründe für den beabsichtigten Einsatz sind anzugeben, es sei denn, sie sind offenkundig oder der Personalrat verzichtet darauf. Der Personalrat kann die Maßnahme nur in den in Art. 75 Abs. 2 BayPVG genannten Gründen ablehnen (Verstoß gegen Rechtsnorm, Tarifvertrag etc., Besorgnis der ungerechtfertigten Benachteiligung, Besorgnis der Störung des Friedens in der Dienststelle). Der Beschluss des Personalrats über die beantragte Zustimmung ist der Schulleitung innerhalb von zwei Wochen mitzuteilen. In dringenden Fällen kann die Schulleitung diese Frist auf eine Woche abkürzen.

6. Einsatz der Leiharbeitnehmer im Unterricht

- 6.1 Vor dem Einsatz der Leiharbeitnehmer im Unterricht ist der Arbeitnehmerüberlassungsvertrag gemäß dem Mustervertrag in Nr. 3 dieser Bekanntmachung zu schließen und eine Auftragsbestätigung gemäß § 4 des Mustervertrages zu erstellen ((vgl. dazu im Internet unter www.unterrichtsversorgung.bayern.de (- Für Schulen/Schulämter – Projekt Zeitarbeit) die Nr. 3)). Die die Eignung gemäß Nr. 4.3 dieser Bekanntmachung nachweisenden Unterlagen und Erklärungen der Leiharbeitnehmer müssen der Schulleiterin oder dem Schulleiter vorliegen.
- 6.2 Vor einem Einsatz der Leiharbeitnehmer im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich müssen sie sich mit den für den jeweiligen Unterricht einschlägigen Sicherheitsbestimmungen und Bekanntmachungen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vertraut gemacht haben. In Betracht kom-

men u. a. die Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen vom 12. August 2002 (KWMBI I S. 285), die Richtlinien für die AIDS-Prävention an den bayerischen Schulen vom 15. März 1989 (KWMBI I S. 72), geändert mit Bekanntmachung vom 30. August 1989 (KWMBI I S. 265), die Richtlinien zur Suchtprävention an den bayerischen Schulen vom 2. September 1991 (KWMBI I S. 303), geändert mit Bekanntmachung vom 23. Mai 1996 (KWMBI I S. 214), und die Richtlinien für die Umweltbildung an den bayerischen Schulen vom 22. Januar 2003 (KWMBI I S. 61).

- 6.3 Experimente in den naturwissenschaftlichen Fächern und in Technik, Arbeitslehre, Hauswirtschaft und Kunst dürfen nur durchgeführt werden, wenn die Leiharbeitnehmer über die hierfür notwendige Fachkompetenz verfügen und sich nachweisbar mit den Richtlinien zur Sicherheit im Unterricht – Naturwissenschaften, Technik/Arbeitslehre, Hauswirtschaft, Kunst – vom 9. September 2003 (KWMBI I S. 473) vertraut gemacht haben.
- 6.4 Beim Einsatz der Leiharbeitnehmer im Sportunterricht ist zu beachten, dass Leiharbeitnehmer, die nicht die Lehrbefähigung für das Fach Sport besitzen, Sportunterricht nur erteilen dürfen, wenn sie über eine freiberufliche oder vereinsorientierte Qualifikation im Sport verfügen, mit der sie zumindest fachlich in der Lage sind, Sport zu vermitteln. Hierzu gehören die Diplombildung Sportwissenschaft, die Ausbildung zum/zur Diplom-Sportlehrer/in, die Ausbildung zum/zur Staatlich geprüften Sportlehrer/in im freien Beruf sowie die Ausbildung zum/zur Staatlich geprüften Gymnastiklehrer/in mit Wahlpflichtfach Sport und Freizeit. Inhaber von Fachübungsleiterlizenzen eines Sportfachverbandes dürfen nur im Differenzierten Sportunterricht in der jeweiligen Sportart eingesetzt werden.
- 6.5 Die Bestimmungen der Fachlehrpläne Sport in der jeweils gültigen Fassung, die Bekanntmachung zur Sicherheit im Sportunterricht vom 8. April 2003 (KWMBI I S. 202), die Bekanntmachung zur Durchführung von Schwimmunterricht an Schulen vom 1. April 1996 (KWMBI I S. 192), die Bekanntmachung zum Sportunterricht bei erhöhter Ozonkonzentration vom 1. August 1991 (KWMBI I S. 219), geändert mit Bekanntmachung vom 30. September 1991 (KWMBI I S. 406), die Bekanntmachung zur Durchführung von Schulsportkursen vom 21. November 2002 (KWMBI I S. 406), die Bekanntmachung zum Schullandheimaufenthalt vom 5. April 2004 (KWMBI I S. 76) und die Bekanntmachung über Sicherheit in der Schule und gesetzliche Schülerunfallversicherung vom 11. Dezember 2002 (KWMBI I 2003 S. 4), ber. am 6. Februar 2003 (KWMBI I S. 81), in der jeweils geltenden Fassung sind zu beachten.
- 6.6 Ein Einsatz der Leiharbeitnehmer im Religionsunterricht ist nur zulässig, wenn durch die jeweilige Kirche oder Religionsgemeinschaft die Befähigung zur Erteilung von Religionsunterricht zuerkannt wurde.

7. Rechte und Pflichten der Leiharbeitnehmer

- 7.1 Über den Unterrichtseinsatz der Leiharbeitnehmer bestimmen die Schulleiterinnen und Schulleiter. Die Leiharbeitnehmer unterliegen insoweit dem Weisungsrecht der Schulleitung. Die Leiharbeitnehmer werden von der Schulleiterin oder vom Schulleiter oder durch Lehrkräfte, die von diesen damit beauftragt wurden, in ihrer Tätigkeit an der Schule unterstützt und beraten.
- 7.2 Leiharbeitnehmer dürfen grundsätzlich Nachweise des Leistungsstandes gemäß Art. 52 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2008 (GVBl S. 467), in der jeweils gültigen Fassung, in Abstimmung und unter Verantwortung einer von der Schulleitung dazu bestimmten Lehrkraft erheben und bewerten, Erziehungsmaßnahmen ergreifen sowie Ordnungsmaßnahmen bis hin zum schriftlichen Verweis gemäß Art. 84 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayEUG treffen. Ein Verweis ist von der von der Schulleitung dazu bestimmten Lehrkraft zu bestätigen.
- 7.3 Für die Teilnahme der Leiharbeitnehmer an den Konferenzen der Lehrer (Lehrerkonferenz, Klassenkonferenz, Teilkonferenzen und Ausschüsse) gelten die einschlägigen Bestimmungen des BayEUG, der Dienstordnung für Lehrkräfte an staatlichen Schulen in Bayern (Lehrerdienstordnung – LDO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. August 1998 (KWMBI I S. 466), zuletzt geändert durch die Bekanntmachung vom 31. Januar 2008 (KWMBI S. 35), und der jeweiligen Schulordnung.

8. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. August 2008 in Kraft, sie tritt mit Ablauf des 31. Juli 2009 außer Kraft.

Kufner
Ministerialdirigent

KWMBI 2008 S. 240

2232.1-UK

Mittagsbetreuung und verlängerte Mittagsbetreuung an Volks- und Förderschulen

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 4. August 2008 Az.: III.5-5 S 7369.1-4.12 170

Aufgrund des Art. 31 Abs. 2 Satz 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom

31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2008 (GVBl S. 467), erlässt das Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Richtlinien:

1. Ziele und Inhalte

Die Mittagsbetreuung unterstützt die Erziehungsarbeit des Elternhauses und der Schule. Sie ermöglicht bei einem entsprechenden Bedarf eine Betreuung von Schülerinnen und Schülern der Grundschule und der Förderschule. Dies gilt grundsätzlich auch für Schülerinnen und Schüler der Hauptschule, soweit dadurch ein offenes oder gebundenes Ganztagsangebot an der jeweiligen Hauptschule nicht in seinem Bestand gefährdet oder die Einrichtung eines solchen Angebots verhindert würde.

Der Aufenthalt ist mit sozial- und freizeitpädagogischer Zielrichtung zu gestalten.

Die Mittagsbetreuung ersetzt nicht die Aufgaben von Horten, Tagesstätten, die mit Förderschulen verbunden sind, und ähnlichen Einrichtungen. Sie ist keine Fortsetzung oder Aufarbeitung des lehrplanmäßigen Unterrichts, sie kann aber in Teile des Schullebens (z. B. Schulgarten) eingebunden werden. Das Betreuungsangebot richtet sich nach der personellen und sächlichen Ausstattung.

Das Gelingen erfordert eine enge Zusammenarbeit aller an der Mittagsbetreuung Beteiligten (Träger, Schulleitung, Lehrkräfte, Betreuungspersonal, Hausmeister, Eltern).

Die Mittagsbetreuung wird ab dem Schuljahr 2008/2009 in zwei Formen angeboten:

1.1 Mittagsbetreuung bis etwa 14.00 Uhr

Die Mittagsbetreuung reicht vom Ende des stundenplanmäßigen Vormittagsunterrichts bis etwa 14.00 Uhr. Sie soll möglichst an allen, mindestens jedoch an vier Schultagen der Unterrichtswoche stattfinden und sich nahtlos an den stundenplanmäßigen Vormittagsunterricht anschließen, also in der Regel frühestens ab 11 Uhr beginnen. Während der Ferien sind die Einrichtungen geschlossen.

Die Anfertigung von Hausaufgaben ist auf freiwilliger Basis möglich, wenn geeignete Arbeitsplätze dafür zur Verfügung stehen.

1.2 Verlängerte Mittagsbetreuung bis mindestens 15.30 Uhr

Die verlängerte Mittagsbetreuung muss bis mindestens 15.30 Uhr angeboten werden. Für die verlängerte Mittagsbetreuung gelten die Voraussetzungen der Mittagsbetreuung gemäß Nr. 1.1 mit der Maßgabe, dass zusätzlich eine verlässliche Hausaufgabenbetreuung vorzusehen ist.

2. Träger

Die Mittagsbetreuung ist eine eigenständige Ein-

richtung des Trägers des Schulaufwands oder eines privatrechtlichen Trägers (z. B. eines Vereins) außerhalb der sonstigen Betreuungsformen und anderweitig zu regelnder Beaufsichtigung. Der jeweilige Träger ist für die Finanzierung und im Benehmen mit der Schulleiterin bzw. dem Schulleiter für die Organisation der Mittagsbetreuung zuständig.

3. Teilnehmer

Alle Schülerinnen und Schüler, die die jeweilige Schule besuchen, können grundsätzlich an dem Betreuungsangebot teilnehmen. An der Mittagsbetreuung an einer Grundschule können in geeigneten Fällen auch Schülerinnen und Schüler der an dieser Schule bestehenden Hauptschule teilnehmen. Die Aufnahme richtet sich nach dem vorhandenen Personal- und Raumangebot. Die Entscheidung über die Aufnahme trifft der Träger im Benehmen mit der Schulleiterin bzw. dem Schulleiter und dem Betreuungspersonal. Die Mindestgröße von Mittagsbetreuungsgruppen und verlängerten Mittagsbetreuungsgruppen liegt bei zwölf Schülerinnen und Schülern. In begründeten Ausnahmefällen kann die Zahl geringfügig unterschritten werden.

4. Rahmenbedingungen

4.1 Räumlichkeiten

Die Mittagsbetreuung findet grundsätzlich in Räumen der Schule (bzw. in unmittelbarer Nähe der Schule) statt, die nicht regelmäßig als Klassenzimmer genutzt werden. Der Träger und die Schulleiterin bzw. der Schulleiter legen gemeinsam einen geeigneten Raum fest. Sollte eine weitere Nutzung dieses Raumes unvermeidbar sein, sind die Belange der Mittagsbetreuung (Kontinuität, Raumgestaltung) zu wahren.

Die Raumgröße unterliegt nicht den Vorschriften des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und daraus abgeleiteten landesrechtlichen Vorschriften (z. B. Heimrichtlinien). Die darin enthaltenen Größenangaben sind aber ein Anhaltspunkt für die Auswahl der Räume.

Der Träger und die Schulleiterin bzw. der Schulleiter legen gemeinsam fest, ob und inwieweit andere schulische Anlagen (z. B. Sporthalle, Sportplatz, Werkräume, Schülerbücherei) von der Mittagsbetreuung mit benutzt werden können.

4.2 Personal

Für die Mittagsbetreuung kommen sozialpädagogisches Fachpersonal sowie andere geeignete Personen in Betracht, die über entsprechende pädagogische Qualifikation oder ausreichende Erfahrung in Erziehungs- oder Jugendarbeit verfügen.

5. Staatliche Förderung

Für Einrichtungen zur Mittagsbetreuung, die ohne weitere finanzielle staatliche Förderung unterhalten werden, können bei Erfüllung der

dargestellten Vorgaben auf Antrag nach Maßgabe der im Haushalt dafür bereitgestellten Mittel Zuschüsse gewährt werden.

Die Mittagsbetreuung gemäß **Nr. 1.1** wird jährlich mit 3.323 € pro Gruppe und Schuljahr bezuschusst.

Die verlängerte Mittagsbetreuung gemäß **Nr. 1.2** wird jährlich mit 7.000 € pro Gruppe und Schuljahr bezuschusst.

Finanzielle Beiträge der Erziehungsberechtigten und eventuelle finanzielle Beiträge des Trägers des Schulaufwands an einen privatrechtlichen Träger stehen einer Förderung nicht entgegen.

Anträge auf staatliche Förderung sind vom Träger bis 15. Oktober jeden Jahres für das laufende Schuljahr über die Schulleitung (bei Volksschulen zusätzlich über das Staatliche Schulamtsamt) bei der zuständigen Bezirksregierung einzureichen, welche die Prüfung und Bewilligung der Anträge sowie die Zuweisung der Mittel übernimmt. Mittagsbetreuungsgruppen, die nach dem 15. Oktober eingerichtet werden, können grundsätzlich im laufenden Schuljahr nicht mehr staatlich gefördert werden.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus weist der Regierung nach Maßgabe des Haushalts die Mittel zu.

6. Inkrafttreten, Aufhebung von Vorschriften

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. August 2008 in Kraft.

Mit Ablauf des 31. Juli 2008 treten folgende Bekanntmachungen außer Kraft:

1. die Bekanntmachung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus über die Mittagsbetreuung an Volksschulen vom 4. Juni 1993 (KWMBI I S. 326), geändert durch Bekanntmachung vom 26. April 2004 (KWMBI I S. 84),
2. die Bekanntmachung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus über die Mittagsbetreuung an Förderschulen (Volksschulen für Behinderte) vom 12. Februar 1996 (KWMBI I S. 115).

Kufner
Ministerialdirigent

2230.1.1.1.1.4-UK

Zulassung von Lernmitteln

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus**

vom 1. September 2008 Az.: III.4-5 S 1321.1-5.92 807

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit ^R gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung und berücksichtigen die vom Rat für deutsche Rechtschreibung vorgelegten und von der Kultusministerkonferenz Anfang März 2006 beschlossenen Änderungen.

**Lernmittelfreie Lernmittel
Allgemein bildende Schulen
Hauptschule**

Englisch

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

New Highlight, Hauptschule Bayern:

^{R5}: v. Williams, ISBN 978-3-464-34443-9, 1. Aufl. 08, 18,75 €, ZN 184/08-V (19.08.08), zugel. f.d. Jgst. 9

Religionslehre – evangelisch

Claudius Verlag, München:

^R***Alive • Das ökumenische Jugendliederbuch für Schule und Gemeinde***, hrsg. v. Kolb/Weidinger, ISBN 978-3-532-71169-9, Aufl. 08, 24,80 €, ZN 8/08-V/R/G/B (07.02.08) (vgl. Kath. RL)

Religionslehre – katholisch

Claudius Verlag, München:

^R***Alive • Das ökumenische Jugendliederbuch für Schule und Gemeinde***, hrsg. v. Kolb/Weidinger, ISBN 978-3-532-71169-9, Aufl. 08, 24,80 €, ZN 8/08-V/R/G/B (07.02.08) (vgl. Evang. RL)

Kösel-Verlag, München:

Hinweis:

Die nachfolgend genannten Werke gelten nach § 17 Abs. 2 ZLV in ihrer bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

Reli, hrsg. v. Hilger/Reil:

^{R5}: ISBN 978-3-466-50631-6, 2. Aufl. 08, 13,95 €, ZN 212/98-V (22.08.08)

^{R8}: ISBN 978-3-466-50634-7, 2. Aufl. 08, 13,95 €, ZN 276/01-V (22.08.08)

Realschule**Haushalt und Ernährung**

Verlag Handwerk und Technik, Hamburg:

Arbeitsbuch Haushalt und Ernährung, v. Schlieper:
^{R8–10}: ISBN 978-3-582-07430-0, Aufl. 08, 24,80 €, ZN 186/08-R (30.07.08)

Religionslehre – evangelisch

Claudius Verlag, München:

^R***Alive • Das ökumenische Jugendliederbuch für Schule und Gemeinde***, hrsg. v. Kolb/Weidinger, ISBN 978-3-532-71169-9, Aufl. 08, 24,80 €, ZN 8/08-R/V/G/B (07.02.08) (vgl. Kath. RL)

Religionslehre – katholisch

Claudius Verlag, München:

^R***Alive • Das ökumenische Jugendliederbuch für Schule und Gemeinde***, hrsg. v. Kolb/Weidinger, ISBN 978-3-532-71169-9, Aufl. 08, 24,80 €, ZN 8/08-R/V/G/B (07.02.08) (vgl. Evang. RL)

Gymnasium**Deutsch – Sprachbücher**

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

Wort & Co – neu, Sprachbuch für Gymnasien:

^{R10}: v. Bobsin u. a., ISBN 978-3-7661-3830-9, 1. Aufl. 08, 18,60 €, ZN 162/08-G8 (22.08.08)

Französisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Cours intensif, zugel. in Französisch als **3. FS**:

^{R3} ***Passerelle***: v. Ballin u.a., ISBN 978-3-12-523626-4, 1. Aufl. 08, 17,95 €, ZN 152/08-G8 (03.07.08), zugel. f.d. Jgst. 10

Cours intensif – Grammatisches Beiheft, v. Kunert/Spengler, zugel. in Französisch als **3. FS**:

^{R3} ***Passerelle***: ISBN 978-3-12-523672-1, 1. Aufl. 08, 7,20 €, ZN 179/08-G8 (25.07.08), zugel. f.d. Jgst. 10

Geschichte – Lehrbücher

Oldenbourg Schulbuchverlag, München:

Mosaik – Der Geschichte auf der Spur, hrsg. v. Cornelissen u.a.:

^R**B 10**: ISBN 978-3-486-00739-8, 1. Aufl. 08, 15,80 €, ZN 154/08-G8 (04.07.08)

Mathematik

Cornelsen Verlag, Berlin/München:

Fokus Mathematik, Gymnasium Bayern:^{R10}: v. Freytag u.a., ISBN 978-3-464-54020-6, 1. Aufl. 08, 20,95 €, ZN 181/08-G8 (28.07.08)Religionslehre – evangelisch

Claudius Verlag, München:

^R*Alive • Das ökumenische Jugendliederbuch für Schule und Gemeinde*, hrsg. v. Kolb/Weidinger, ISBN 978-3-532-71169-9, Aufl. 08, 24,80 €, ZN 8/08-G/V/R/B (07.02.08) (vgl. Kath. RL)Religionslehre – katholisch

Claudius Verlag, München:

^R*Alive • Das ökumenische Jugendliederbuch für Schule und Gemeinde*, hrsg. v. Kolb/Weidinger, ISBN 978-3-532-71169-9, Aufl. 08, 24,80 €, ZN 8/08-G/V/R/B (07.02.08) (vgl. Evang. RL)

Kösel-Verlag, München:

Religion vernetzt, hrsg. v. Mendl/Schiefer Ferrari:^{R10}: ISBN 978-3-466-50707-8, Aufl. 08, 13,95 €, ZN 88/08-G8 (25.08.08)Spanisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Línea verde – Grammatisches Beiheft, zugel. in Spanisch als 3. FS:^{R3}: ISBN 978-3-12-535785-3, 1. Aufl. 08, 6,40 €, ZN 180/08-G8 (25.07.08), zugel. f.d. Jgst. 10**Berufliche Schulen**
BerufsschuleReligionslehre – evangelisch

Claudius Verlag, München:

^R*Alive • Das ökumenische Jugendliederbuch für Schule und Gemeinde*, hrsg. v. Kolb/Weidinger, ISBN 978-3-532-71169-9, Aufl. 08, 24,80 €, ZN 8/08-B/V/R/G (07.02.08) (vgl. Kath. RL)Religionslehre – katholisch

Claudius Verlag, München:

^R*Alive • Das ökumenische Jugendliederbuch für Schule und Gemeinde*, hrsg. v. Kolb/Weidinger, ISBN 978-3-532-71169-9, Aufl. 08, 24,80 €, ZN 8/08-B/V/R/G (07.02.08) (vgl. Evang. RL)**Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige
Lernmittel
Allgemein bildende Schulen
Gymnasium**Französisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart

Cours intensif – Cahier d'activités, v. Kunert u. a., zugel. in Französisch als 3. FS:^{R3} **Passerelle mit 2 Audio-CDs:** ISBN 978-3-12-523673-8, 1. Aufl. 08, 11,95 €, ZN 182/08-G8 (28.07.08), zugel. f.d. Jgst. 10; die Zulassung bezieht sich nur auf das gedruckte ArbeitsheftSpanisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Línea verde – Cuaderno de actividades, zugel. in Spanisch als 3. FS:^{R3} **mit Audio-CD:** v. Bosch Giménez, ISBN 978-3-12-535781-5, 1. Aufl. 08, 11,95 €, ZN 190/08-G8 (01.08.08), zugel. f.d. Jgst. 10; die Zulassung bezieht sich nur auf das gedruckte Arbeitsheft

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt jeweils mit Wirkung des in Klammern angegebenen Datums in Kraft.

Erhard
Ministerialdirektor

KWMBI 2008 S. 244